

## **Europäische Bürgerbeauftragte kritisiert Ablauf in EU-Gremium**

Die Bürgerbeauftragte der Europäischen Kommission, Emily O'Reilly, erkennt im September 2016 auf ein fehlerhaftes Verwaltungshandeln, betreffend die Plenarsitzung vom 21.01.2015 des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses (EWSA). Bei diesem beratenden Gremium der Kommission stand die Abstimmung über einen Antrag zugunsten der Rechte Elektrosensibler auf der Tagesordnung. Er wurde von einem Aktionsbündnis aus 40 europäischen Gruppen und Verbänden Elektro(hyper)sensibler getragen, mit folgenden Forderungen:  
Anerkennung von Elektro(hyper)sensibilität als Krankheitsbild, das zu erheblichen Funktionseinschränkungen führen kann,  
Schaffung funkarmer Zonen in öffentlichen Einrichtungen, entsprechend dem schwedischen Vorbild, dazu für Schwerstbetroffene elektromogarme Schutzgebiete und  
Einhaltung des Vorsorgeprinzips mit Reduzierung der allgemeinen Funkbelastung durch Kabelverbindungen und automatische Abschaltung, neben verstärkter Aufklärung über die Risiken drahtloser Technik, besonders in Schulen.

Dieser Antrag wurde in sechsmonatiger Vorbereitungszeit von der Abteilung für Transport, Energie und Verkehr (TEN) des EWSA erarbeitet unter Vorsitz von Bernardo Hernandez Bataller, dem Generalsekretär der spanischen Vereinigung von Nutzern der Telekommunikationsdienstleistungen. Die Rechte der verschiedenen gesellschaftlichen Gruppen, einerseits das Recht der Allgemeinbevölkerung, im besonderen der Elektrosensiblen, auf Gesundheitsschutz und andererseits das Recht der Nutzer auf Kommunikationsfreiheit und der Industrie auf freies Unternehmertum wurden nach Ansicht der Beteiligten angemessen berücksichtigt.

Am Tag vor der Abstimmung wurde von einem Gegner des Entwurfs, Sir Richard Adams, ein vollkommen gegensätzlicher Antrag präsentiert, unter Missachtung des Grundsatzes, mögliche Interessenskonflikte darzulegen. Sir Adams ist Mitglied einer britischen Nicht-Regierungs-Organisation (NGO), die sich für den Vertrieb der funkbetriebenen „Intelligenten Zähler“ (Smart meters) einsetzt und die von den größten britischen Elektronikfirmen bezuschusst wird, und zugleich Mitglied des Aufsichtsrates bei RWE, einem der fünf größten europäischen Elektrizitäts- und Gas-Versorgungsunternehmen. Der neue Antrag wurde mit knapper Mehrheit angenommen.

Die Bürgerbeauftragte erkannte die Beschwerde der Elektrosensiblen-Bündnisses an mit der Begründung, dass die Zeit von einem Tag nicht ausgereicht habe, sich gründlich zu informieren, dass die Interessenskonflikte nicht transparent gemacht worden seien und dass mit dem Gegenantrag nicht verantwortungsvoll umgegangen worden sei. Dennoch könne die Abstimmung nicht annulliert werden. Die Bürgerbeauftragte hat Maßnahmen vorgeschlagen, die künftig derartige Vorkommnisse verhindern sollen.

Das europäische Aktionsbündnis der Elektrosensiblen fordert:  
den sofortigen Beginn der Vorbereitung eines neuen Antrags unter Mitwirkung von unabhängigen Ärzten, Wissenschaftlern und europäischen Sozialverbänden, einschließlich der Vereinigungen zum Schutze Elektrosensibler,  
den Rücktritt Sir Adams', dessen Mitgliedschaft im EWSA zwar im September 2015 geendet hat, der aber erneut für 2 Jahre in ein Beratergremium (Kommission zu Veränderungen in der Industrie, CCMI) berufen wurde.

Im Namen der mehr als 40 europäischen Elektrosensiblen-Verbände,  
Christine Aschermann  
Leutkirch, 25.10. 2016